KLIMA-2NEU Paris 2015 – Marrakech 2016 – Berlin 2017: Der Schutz unseres Klimas braucht Afrika

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz), Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Anne Spiegel (KV Speyer), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Bernd Schumacher, KV Südwestpfalz), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Rupertina Engel (KV Mayen-Koblenz), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Elisabeth Bröskamp (KV Neuwied), Uwe Bröskamp (KV Neuwied), Rudi Trossen (KV Bernkastel-Wittlich), Gertrud Weydert (KV Bernkastel-Wittlich), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Marian Engel (KV Mayen-Koblenz), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Michael Henke (Kreisverband Bad Kreuznach), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler);
Tagesordnungspunkt:	2. Klimaschutz

Die Weltklimakonferenz von Marrakech hat gezeigt: Klimaschutz funktioniert nur weltweit. Viele afrikanische Länder sind schon heute besonders stark von den Folgen des Klimawandels wie Trockenheit, Ausweitung der Wüsten, Überschwemmungen, Dürren und Missernten betroffen. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) kommt einer Studie zu dem Ergebnis, dass Regionen des Kontinents mit hoher Wahrscheinlichkeit unter mehreren Folgen (Überschwemmungen, Dürren, Missernten) des Klimawandels gleichzeitig leiden werden. Aktuell warnt das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen vor einer drohenden Hungersnot aufgrund einer langanhaltenden Dürre in vier ostafrikanischen Ländern. 20 Millionen Menschen sind akut davon bedroht.

Die Folgen der Erderwärmung sind bereits heute oft auch Ursachen von Unruhen, Bürgerkriegen und Kriegen. Die Anzahl der Flüchtlinge aus Afrika steigt seit Jahren ständig an und wird noch weiter stark zunehmen, wenn wir nicht schnell und entschieden die Vermeidung, Begrenzung und Bekämpfung von Fluchtursachen ganz oben auf der politischen Agenda verankern.

Die EU, andere Industrieländer, aber auch Sachwellenländer wie China erpressen die afrikanischen Staaten, Abkommen zu ratifizieren, obwohl es massiven Widerstand in den Länder selbst gibt. Für uns GRÜNE stehen viele dieser Verhandlungen im Widerspruch zum Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung. Sie gefährden die eigenständige Ausbildung einer afrikanischen Industrie und die regionale Landwirtschaft. Viele afrikanische Staaten liefern Rohstoffe oft zu Bedingungen, die nichts mit nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu tun haben und ihre Märkte werden mit subventionierten , überflüssigen oder gefährlichen Produkten überflutet. So hat z.B. die örtliche Geflügelzucht gegen unsere hochsubventionierten Hähnchenflügel keine Chance. Die Arbeitsplätze in der dortigen Landwirtschaft gehen dauerhaft verloren, mit drastischen Folgen für die dort lebenden Menschen! In den meisten Ländern südlich der Sahara hat die Nahrungsmittelproduktion in den letzten drei Jahrzehnten auch deshalb nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Weitere Gründe waren die mangelnde Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung und die massive Korruption unter den Eliten. Bei deren Bekämpfung wollen wir helfen und den Aufbau einer nachhaltigen, produktiven Landwirtschaft in den Entwicklungsländern unterstützen.

Fluchtursache Klimawandel

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Folgen des Klimawandels als Ursachen von Fluchtbewegungen anerkannt werden. Ziel muss sein, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern und Fluchtursachen zu bekämpfen. Dazu müssen die westlichen Industrieländer wirtschaftliches Handeln mit der Erreichung von Entwicklungszielen, der Achtung der Menschenrechte und der Einhaltung der internationalen Sozial-, Arbeits-, Umweltschutzabkommen und in Einklang bringen.

Wir GRÜNE wollen erreichen, dass die Bundesrepublik endlich die auf europäischer Ebene vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit investiert. Im Rahmen des Klimaanpassungsfonds des Pariser Abkommens müssen zusätzlich Programme für eine klimaverträgliche Entwicklung und die erforderlichen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels aufgelegt werden. Im Gegensatz dazu will die aktuelle Bundesregierung Gelder für Pariser Klimaanpassungsfonds auf das Budget für globale Entwicklungszusammenarbeit anrechnen.

Die Aktivitäten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit der Industriestaaten und der internationalen Organisationen müssen besser koordiniert und wo immer möglich gemeinsam umgesetzt werden. Wir GRÜNE wollen auch die Chancen nutzen, die eine global verantwortliche Verbraucherschutzpolitik eröffnet. Sie kann für einen nachhaltigen Konsum und fairen Handel sensibilisieren. Zudem kann sie Druck auf Unternehmen ausüben, damit diese Verantwortung für die Menschen in den Produktionsländern ebenso wie für die Erreichung globaler Klimaschutzziele übernehmen.

Die deutsche Entwicklungspolitik muss sich stärker um die Unterstützung leistungsfähiger und nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen vor Ort bemühen, um Wertschöpfung in den afrikanischen Ländern zu ermöglichen und die Bevölkerung mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen zu versorgen. Zur Entwicklung von Infrastruktur und zur Finanzierung einer auf CO_2-Vermeidung orientierten Wirtschaft müssen den afrikanischen Staaten die erforderlichen und zugesagten Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

Partnerschaft Ruanda – Rheinland-Pfalz nutzen

Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute Voraussetzungen zur Zusammenarbeit, aber auch eine große Verpflichtung, der es gerecht werden muss. Ruanda hat in Afrika in der Klimapolitik eine Vorreiterrolle, die es zu stärken gilt. So kam es im Oktober 2016 zum Kigali-Abkommen, einem Meilenstein für den Klimaschutz. Das Abkommen, das von den Industriestaaten ein schnelleres Umsteuern verlangt als von Entwicklungsländern, kam nach einem nächtlichen Verhandlungsmarathon in der ruandischen Hauptstadt Kigali zustande. Der Kompromiss wurde als der größte Erfolg seit dem Ende des Pariser Klimagipfels von Ende 2015 gewertet.

Wir Grüne wollen den Menschen vor Ort auf IHREM richtigen Weg helfen und sie unterstützen. Die Möglichkeiten dazu bietet unsere Partnerschaft, zum Nutzen der Menschen in Ruanda, zum Nutzen des globalen Klimaschutzes sowie zur Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der nächste Entwicklungsschritt in Afrika hat das Potential, ein gesamtes – das fossile – Zeitalter zu überspringen und direkt in eine klimaneutrale Zukunft zu führen, mit den lokal vorhandenen Ressourcen, mit den Menschen vor Ort. Die Rheinland-

Pfälzer*innen können sich mit ihrem besonderen Erfahrungsschatz von 35 Jahren Partnerschaft mit Ruanda einbringen und die Fortentwicklung betreiben. Daher streben wir eine Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten auf Augenhöhe an.

Der Energieverbrauch pro Kopf in Ruanda ist einer der niedrigsten der Welt. Lediglich 18 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu Elektrizität, in ländlichen Gebieten sogar weniger als 2 Prozent. Ein Großteil der Elektrizität wird mit Wasserkraftwerken gewonnen. Trotzdem musste das Land bisher Energie importieren, vor allem Schweröl und Diesel. Aber die Bevölkerung wächst rasant und damit auch der Bedarf an Energie. Die Elektrizitätsnetze sind oftmals veraltet und störanfällig. Stromausfälle sind immer noch an der Tagesordnung. Über 95 Prozent des ruandischen Energiebedarfs werden bislang von den traditionellen Brennstoffen Holz und Holzkohle gedeckt – überwiegend für die Nahrungszubereitung in den ländlichen Haushalten. Dies geht einher mit großflächigen, nicht nachhaltigen Rodungen und CO_2-Emissionen bei der Produktion von Holzkohle.

Die Regierung Ruandas setzt für die Zukunft auf eine dezentrale und erneuerbare Energieversorgung. So hat das ruandische Infrastrukturministerium 333 Stellen benannt, an denen kleine und Mikro-Wasserkraftanlagen sinnvoll sind. Deren Erzeugung soll weitgehend in das nationale Stromnetz eingespeist werden. Schnell ausbaufähig sind vor allem autonome Anlagen(„Off-Grid“), mit denen entlegene ländliche Gebiete mit Strom versorgt werden sollen.

Bei Photovoltaik-Anlagen hat Ruanda in Ostafrika bereits die Nase vorn: Anfang 2015 konnte mit 8,5 MW die größte Anlage dieser Art in Ostafrika eingeweiht werden. In Verbindung damit ist das weltweit größte dezentrale Strom-Speichersystem in Bau. Damit sollen bei Stromausfällen die Wasserpumpen eines Landwirtschaftsprojektes weiter mit Elektrizität versorgt werden. Neben diesem Großbetrieb kommt Photovoltaik-Technik bislang vornehmlich in ländlichen Gesundheits- und Erziehungsinstitutionen zum Einsatz, die somit Strom versorgt werden können. Ruanda hat ferner ein Windkraftpotenzial, das für Pumpanlagen, Mühlendienste und die allgemeine Stromversorgung genutzt werden kann. Hinzu kommt ein geothermisches Potenzialzwischen 170 bis 340 MW.

Die riesigen – gesundheitsbedrohenden wie klimaschädlichen – Mengen an Methangas aus dem Kivu-See sollen zur Energiegewinnung genutzt werden. Damit würde sich deren klimaschädliches Potential sehr stark verringern und eine mittelfristig drohende eruptive Freisetzung größerer Gasmengen verhindert werden. Technisch ist dies ein kompliziertes und schwieriges, aber notwendiges Vorhaben, für dessen sichere Durchführung Fachkräfte mit herausragendem Knowhow gebraucht werden.

Ruanda ist ein kleiner, aber hocheffizienter und gut vernetzter afrikanischer Zentralstaat mit einem weitreichenden Glasfasernetz, mit einer gut ausgebildeten jungen Bevölkerung (12 Pflichtschuljahre) und beispielsweise auch mit einer ambitionierten Politik der Müllvermeidung (wirksames, gesetzliches Plastiktütenverbot). Durch eine geringe Korruptionsrate (zweitbester Platz im afrikanischen Ranking), eine hohe Effizienz der Staatsorgane, deutliche Verbesserungen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit sowie durch Aufgeschlossenheit gegenüber deutschen und europäischen Unternehmen bestehen für die Entwicklungszusammenarbeit gute Voraussetzungen. Allerdings ist Ruanda auch

im Jahr 2017 kein Vorbild bei der Verwirklichung von Grundrechten und Demokratie.

Mit den „Secondary Cities“ gibt es für Ruanda einen Plan, jenseits der Hauptstadt Kigali in den vier Provinzen klimaneutrale Städte (Wohnen und Gewerbe) in der Größenordnung von je ca. 50.000 Einwohner/innen zu errichten. Bei der praktischen Umsetzung sind Zwangsumsiedlungen absolut auszuschließen, die funktionierenden sozialen Gemeinschaften in den Ursprungssiedlungen müssen erhalten werden können. Bei der Umsetzung sollen Anreize für die Menschen geschaffen werden, um die Angebote anzunehmen.

Die Menschen in Afrika brauchen eine Entwicklungspolitik die sich stärker um die Unterstützung eines leistungsfähigen, nachhaltigen und inklusiven Privatsektors vor Ort bemühen und die eine Wertschöpfung in den afrikanischen Ländern ermöglicht um der Bevölkerung menschenwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Neben der Unterstützung beim Aufbau einer öffentlichen Infrastruktur im Verkehrs- und Energiebereich und zur Finanzierung einer auf CO2-Vermeidung orientierten Wirtschaft, müssen den afrikanischen Staaten die erforderlichen und zugesagten Finanzierungen im Rahmen des Internationalen Klimaschutzabkommens von Paris auch bereitgestellt werden.

Die schrittweise Übernahme und Implementierung der “EU Normenfamilie“ (entwickelt in den der 28 EU Staaten) in die technischen, wirtschaftlichen und verbraucherschutzrechtlichen Zusammenhänge in Afrika, hätte zur Folge das es eine systematische Wirkung für eine planbare wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung in Afrika und deren erleichterten Zugang zu den weltweiten Märkten geben würde.

Deutschland und die EU müssen Afrika in diesem Sinne durch Bereitstellung und Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen für klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Umbau, behilflich sein um zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise auch in Afrika zu kommen.

Zusammenarbeit für Entwicklung und Klimaschutz

Zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens ist ein Umbau der weltweiten Energiesysteme notwendig. Dies kann nur gelingen durch internationalen Wissensaustausch und Kooperation unter Berücksichtigung lokaler Bedingungen und Herausforderungen. Die Bundesrepublik trägt dabei auch globale Verantwortung.

Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute Voraussetzungen, das Land bei der Entwicklung einer dezentralen, klimafreundlichen und nachhaltigen Energieversorgung zu unterstützen. Wir können einen Beitrag dazu leisten, dass sich Ruanda zu einem klima- und energiepolitischen Vorbild unter den afrikanischen Ländern entwickelt.

Wir GRÜNE werden uns mit allen unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass

- anerkannt wird, dass Folgen des Klimawandels zunehmend Ursachen von Fluchtbewegungen sind und die Bundesrepublik ihre Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik für Afrika konsequent an Zielen des Klimaschutzes zur

Verbesserung der Lebensbedingungen wie auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen ausrichtet,

- die Bundesrepublik die humanitäre Hilfe für Afrika deutlich erhöht sowie zügig die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf ein Niveau anhebt, das den europäisch und international vereinbarte Zielen entspricht, wobei die so ermöglichten Programme besser mit den anderen Staaten und internationalen Organisationen koordiniert werden müssen,

- die Bundesrepublik und die EU Afrika durch Bereitstellung und Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen für klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen,

- die bundeseigene Förderbank KfW aufhört, Kohlekraftwerke zu finanzieren, sondern stattdessen ihr Engagement für erneuerbare Energien weiter verstärkt,

- die Bundesrepublik den für Deutschland versprochenen Anteil von etwa 10 Prozent am 100 Mrd. US-Dollar Fonds für die internationale Klimafinanzierung bereitstellt,

- Rheinland-Pfalz im Rahmen der erfolgreichen Partnerschaft mit Ruanda einen Fokus auf den Bereich Erneuerbare Energien, Umwelttechnologie und Ressourcenschutz legt, um dem Land beim Ausbau der Erneuerbaren Energien zur Seite zu stehen.

Begründung

erfolgt mündlich.